

GOTTESSTAAT UND FRAUENRECHTE



Mit dem Abzug der westlichen Truppen und der Rückkehr der Taliban fürchten viele Menschen vor Ort wie auch Menschenrechtler weltweit, dass sich das Land am Hindukusch wieder in einen Gottesstaat verwandelt. Aus diesem Anlass hatten die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und das Internationale Komitee gegen die Steinigung am 30. August 2021 zu einem digitalen Pressegespräch geladen, bei dem betroffene Frauen aus Afghanistan und dem Iran zu Wort kamen.

IGFM: „Frauen sind die ersten Opfer der Islamisten“ - Nein zu Scharia und islamistischem Gottesstaat

Frankfurt am Main/ Kabul/ Teheran, 30. August 2021 - Mit dem Abzug der westlichen Truppen und der Rückkehr der Taliban fürchten viele Menschen vor Ort wie auch Menschenrechtler weltweit, dass sich das Land am Hindukusch wieder in einen Gottesstaat verwandelt. Dass kleinste Vergehen mit drakonischen Strafen geahndet, Andersgläubige, Minderheiten und besonders auch Frauen unterdrückt und jeglicher Freiheitsrechte beraubt werden - wie es im Iran seit Jahrzehnten traurige Realität ist. Aus diesem aktuellen Anlass hatten die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und das Internationale Komitee gegen die Steinigung zu einem digitalen Pressegespräch geladen, bei dem betroffene Frauen aus Afghanistan und dem Iran zu Wort kamen.

Afghanistan stehe nach Ansicht der IGFM aktuell an einem Scheideweg und die Welt schaue hilflos zu. Die überstürzte Flucht und der Abzug der ausländischen Truppen und Hilfskräfte aus dem Land, ohne dass belastbare Strukturen geschaffen worden seien, zeige das

Versagen des Westens. Die Basis für Menschenrechte und eine gesicherte Zukunft der Bevölkerung sei nicht ausreichend gelegt worden, vielmehr falle das Land innerhalb kürzester Zeit ins Mittelalter zurück. Die IGFM beobachtet mit großer Sorge, dass die Führung der Taliban bereits wenige Tage nach der Machtübernahme offen über die Zwangsverheiratung junger Mädchen, die Einführung der Scharia, das Einsperren von Frauen im Haus und das verpflichtende Tragen des Hijabs spricht. Es wird befürchtet, dass den Mädchen bald auch der Schulbesuch verboten wird. Die in Frankfurt ansässige Menschenrechtsorganisation sieht es daher als ihre Pflicht an, sich für die Freiheitsrechte, das selbstbestimmte Leben und die Zukunft der afghanischen Frauen einzusetzen.

„Frauen sind die ersten Opfer der Islamisten. Wir kennen diese Situation leider zu gut aus dem Iran. Dort sind Frauen seit Jahrzehnten Menschen zweiter Klasse. Die internationale Gemeinschaft muss ein deutliches Zeichen setzen – gegen die Scharia sowie einen islamistischen Gottesstaat und für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Menschenrechte“, erklärt Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM.

Frauen in Ländern wie Iran und Afghanistan müssen geschützt werden
Seit Jahren engagiert sich die IGFM für Menschenrechte im Iran und steht in engem Kontakt mit Frauen, die mutig für ihre Rechte eintreten und mit Angehörigen von unschuldig Inhaftierten. Prominentestes Beispiel ist die Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh, die 2019 zu 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt worden war, weil sie sich gegen den Kopftuchzwang und für Frauenrechte in ihrer Heimat eingesetzt hatte. Auch vor ausländischen Staatsbürgern macht der Gottesstaat Iran nicht Halt: So wurde die deutsch-iranische Architektin Nahid Taghavi kürzlich vom Islamischen Revolutionsgericht in Teheran zu zehn Jahren und acht Monaten Haft verurteilt, weil sie sich für die Einhaltung von Menschenrechten eingesetzt hatte. Die 66-jährige ist im berühmten Evin-Gefängnis inhaftiert, offiziell wird ihr „Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppe“ sowie „Propaganda gegen das Regime“ vorgeworfen. Die IGFM setzt sich seit ihrer Inhaftierung mit verschiedenen Kampagnen für ihre Freilassung ein und steht mit ihrer in Köln lebenden Tochter Mariam Claren in regelmäßigem Kontakt.

Stimmen von in Deutschland lebenden Frauen aus dem Iran und Afghanistan

„Afghanistan ist ein Land, das in den letzten fünf Jahrzehnten keine Sicherheit erlebt hat. Frauen, die keinen dieser Kriege begonnen haben, waren deren größte Opfer. Da die Taliban mehr als 80 Prozent Afghanistans beherrschen, sind Frauen die ersten Opfer und dürfen unter dem Vorwand des islamischen Rechts weder zur Arbeit noch zur Universität gehen. Afghanische Frauen werden in Afghanistan zum zweiten Mal Opfer des islamische Rechts der Taliban“, beklagt Najia Afshari, in Hamburg lebende Juristin aus Afghanistan.

Hier finden Sie die Audio-Aufnahme des [Pressegesprächs zum Download](#)

Menschenrechte in Afghanistan